

Schweiz im Zentrum der Weltpolitik

Das Schutzmandat der Schweiz in Havanna geht nach 54 Jahren zu Ende.

Nun werden **Dokumente veröffentlicht, auch aus der Zeit der Kuba-Krise.**

Das Schutzmandat der Schweiz in Havanna geht zu Ende. Ein nun veröffentlichtes Dossier diplomatischer Dokumente belegt, in welcher Form die Schweizer Dienste in heiklen Momenten wie der Kuba-Krise in Anspruch genommen wurden.

In der Zeit zwischen dem 14. und 28. Oktober 1962 hatte die Welt einen atomaren Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion befürchtet. Grund waren auf Kuba neu stationierte Mittelstreckenraketen. In der heissen Phase dieses Konflikts hatte sich US-Aussenminister Dean Rusk am 23. Oktober mit einem Telegramm an den Schweizer Botschafter in Washington, August Lindt, gewandt. Rusk erkundigte sich, ob die Schweiz nicht «aus eigener Initiative» die Absichten des ku-

banischen Führers Fidel Castro sondieren könnte. Schliesslich zog es die Schweiz dann aber vor abzuwarten, dass Castro sich äussere. Und wenige Tage später lenkte Moskau nach einem Ultimatum der US-Regierung von John F. Kennedy ein und zog seine Raketen ab.

«Voll zufrieden»

Die USA hatten die Schweiz 1961 angefragt, ihre Interessen auf Kuba zu vertreten. Kein anderes Land konnte nach Meinung Washingtons ein solches Mandat wahrnehmen. Dies geht aus einem Dokument hervor, das an Bundesrat Friedrich Wahlen, Chef der Diplomatie, gerichtet war.

«Die Schweiz sei das einzige Land, mit dem auf alle Fälle Amerika, wahrscheinlich aber auch die

Sowjetunion, voll zufrieden sei». Dies rapportierte Botschafter Lindt am 7. März 1962 nach einem Essen mit dem Kennedy-Berater McGeorge Bundy an seinen Chef in Bern. Lindt schloss sein Schreiben mit der Bemerkung Bundys: «Wenn die neutrale Schweiz nicht existieren würde, müssten wir sie erfinden.»

Diplomatie in heiklen Situationen

Fortan waren Schweizer Diplomaten auch in anderen heiklen Situationen als Vermittler im Einsatz, so etwa Anfang der 70er Jahre bei der Einrichtung einer Luftbrücke zwischen Kuba und Miami, damit Kubaner legal ausreisen konnten, oder für die Unterzeichnung eines Abkommens gegen Flugzeugentführungen. (SDA)